Frau erstochen: Beschuldigter war eingeschränkt zurechnungsfähig

PIESENDORF, SALZBURG. Jener Gastronom (41), der am 13. Mai in Piesendorf seine Ehefrau (30) mit einem Messer vorsätzlich getötet haben soll, war zur Tatzeit zurechnungsfähig und ist somit schuldfähig: In ihrem kürzlich erstellten Gutachten stellte die neuropsychiatrische Gerichts-Sachverständige Gabriele Wörgötter fest, dass der Mordbeschuldigte die ihm angelastete Tat weder unter Einfluss einer Geisteskrankheit noch unter Einfluss einer tiefgreifenden Bewusstseinsstörung verübt habe. Der Beschuldigte habe sich zwar in einem „emotional destabilisierten Zustand“ befunden, als er zum Messer griff; seine Fähigkeit, das Unrecht der Tat einzusehen, sei dadurch zwar eingeschränkt, jedoch nicht aufgehoben gewesen.

Wie berichtet, soll der in Deutschland geborene 41-jäh-

rige Pinzgauer die 30-jährige Gattin, von der er zuletzt getrennt bzw. in Scheidung lebte, im Streit gewürgt und mit drei Messerstichen in die Brust getötet haben. Die Staatsanwaltschaft geht klar von Mord (Paragraf 75 StGB) aus.

Für Rechtsanwalt Franz Essl, Verteidiger des Beschuldigten, liegt hingegen das Delikt des Totschlags (§ 75 StGB) vor: „Der Be-

30-Jährige starb nach drei Stichen in die Brust

schuldigte hat sich aus einer allgemein begreiflichen Gemütsbewegung zur Tat hinreißen lassen.“ Sein Mandant, so Essl, sei vom Opfer zuvor schwer gedemütigt worden. Ebenfalls bekannt ist, dass gegen den Mordbeschuldigten am 5. Mai – nur eine Woche vor der tödlichen Bluttat – bei Gericht ein Strafantrag wegen Körperverletzung,

Drohung und Stalkings zulasten seiner Gattin eingebracht worden war. Demnach soll er ihr im Herbst 2021 einen Stoß versetzt haben, sodass die 30-Jährige gestürzt sei und sich dabei verletzt habe. Wiederholt soll er sie auch bedroht und zuletzt zudem gestalkt haben. Im April 2022 sprach die Polizei gegen den 41-Jährigen ein Betretungs- und Annäherungsverbot (Kontaktverbot) bezogen auf die Gattin aus; just am 12. Mai – am Tag vor ihrer Tötung – zog die 30-Jährige ihren Antrag auf Weiterbestehen des Kontaktverbots aber zurück.

Die Angehörigen des Opfers werden von Rechtsanwalt Stefan Rieder, Landesleiter vom „Weissen Ring“ Salzburg, juristisch betreut. Im zu erwartenden Prozess gegen den 41-Jährigen werde er „für Mutter, Vater, Bruder und Schwester der Getöteten jeweils 40.000 Euro Teilschmerzensgeld geltend machen“, so Rieder. **wid**